

4698/J XX.GP

der Abgeordneten Ridi Steibl, Dr. Gertrude Brinek
und Kollegen

an die Frau Bundesminister für Frauenangelegenheiten
betreffend: Ergebnisse des informellen EU - Arbeits - Sozial - und Frauenministerrates
in Innsbruck

Am 9. und 10. Juli 1998 fand der erste informelle EU - Ministerrat unter
österreichischem Vorsitz in Innsbruck statt. Die Arbeits -, Sozial - und Frauenminister
der EU berieten unter dem Vorsitz von Frau Bundesminister Mag. Prammer und Frau
Bundesminister Hostasch das wichtige Thema "Chancengleichheit und
Beschäftigung in der Europäischen Union".

Die Wichtigkeit des Themas des Ministerrates wurde in der aktuellen Stunde des
Nationalrates am 7. Juli 1998 von allen Rednern betont.

Als besondere Schwerpunkte wurden von Frau Bundesminister Mag. Prammer die
Themen der Versorgungsarbeit, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der
Frauenbeschäftigung und der Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen
Männern und Frauen erwähnt.

In ihrer Wortmeldung anlässlich der aktuellen Stunde versprach Frau Bundesminister
Mag. Prammer die Entwicklung von gemeinsamen Strategien innerhalb der
Europäischen Union zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen.
Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Frau Bundesminister für
Frauenangelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen im Hinblick auf eine Verbesserung der
Beschäftigungssituation von Frauen wurden beim informellen Ministerrat in
Innsbruck entwickelt und gesetzt?
2. Welche konkreten Schritte werden Sie zur Verbesserung der
Beschäftigungssituation der Frauen in Österreich setzen?

3. Konnte eine gemeinsame Position erarbeitet werden, um die immer größer werdenden Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zu bekämpfen? Wenn ja, wie lautet sie?
4. Gibt es Bestrebungen auf Europäischer Ebene, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen? Wenn ja, wie sehen sie aus?
5. Auf welchem Wege werden Sie die Volksvertreter und Volksvertreterinnen, die Gleichbehandlungsbeauftragten und Frauenreferentinnen der Länder informieren und miteinbeziehen?